



Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ Brigittenau stellt, eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.12.2025, gemäß § 23 der GO folgende

ANFRAGE
Betreff: Anwohner-Parken

In einigen Bezirken gibt es Parkplätze, die für Anwohner reserviert sind. Diese Parkplätze sind durch Halte- und Parkverbotschilder mit Zusatztafeln „Anwohnerparken“ ausgewiesen. Auch in dem 20. Wiener Gemeindebezirk befinden sich im Raum Othmargasse, Wehli- und Engerthstraße Anwohnerparkplätze.

Am 21.2.2024 wurde von der SPÖ folgender Antrag eingebracht:

Die Bezirksvertretung Brigittenau ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien, in den folgenden Gebieten die Parkplatzsituation hinsichtlich der Errichtung von Anwohner:innenparkplätzen zu überprüfen.

Gebiet 1: Marchfeldstraße / Dresdner Straße / Adalbert-Stifter-Straße / Pasettistraße / Marchfeldstraße

Gebiet 2: Brigittenauer Lände / Lorenz-Müller-Gasse / Spielmannsgasse / Dietmayrgasse / Brigittenauer Lände

Dieser Antrag wurde laut Protokoll mehrheitlich angenommen. Deshalb frage ich Sie Frau Bezirksvorsteherin:

1. Welche aktuelle Position vertreten Sie betreffend „Anwohnerparken im Bezirk“?
2. Welchen aktuellen Stand gibt es hinsichtlich „Anwohnerparken im Bezirk“?
3. Was ist der aktuelle Stand bei den oben zitierten Straßen und Gassen?

Begründung:

Die Bürger möchten informiert werden.



Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ Brigittenau stellt, eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.12.2025, gemäß § 23 der GO folgende

ANFRAGE

Betreff: Belastung des Parkraumes durch erteilte Parkpickerl für Fahrzeuge mit ukrainischem Kennzeichen

Sehr geehrte Frau Bezirksvorsteher:

Die Parkplatzsituation in der Brigittenau ist angesichts der hohen Bevölkerungsdichte und der bestehenden Parkraumbewirtschaftung weiterhin angespannt. Da die verfügbaren öffentlichen Parkplätze für die einheimische Bevölkerung zunehmend knapper werden, ist es notwendig, eine transparente Datengrundlage über die tatsächliche Belegung des Parkraumes durch Sonderregelungen zu erhalten.

Im Zuge der Unterstützung des Ukrainekrieges wurde die Erteilung von Parkpickerln an nicht in Österreich zugelassene Fahrzeuge ermöglicht. Um die Auswirkungen dieser Sonderregelungen auf die Parkraumbewirtschaftung im 20. Bezirk sachlich beurteilen zu können, ist die exakte Anzahl der betroffenen Fahrzeuge von zentralem Interesse.

Daher stelle ich folgende Frage an Sie:

1. Für wie viele Kraftfahrzeuge mit ukrainischem Kennzeichen wurde seit Beginn der Sonderregelungen Anfang 2022 bis zum heutigen Tag ein gültiges Parkpickerl für den 20. Wiener Gemeindebezirk ausgestellt?
2. Angesichts der Tatsache, dass die SPÖ selbst die dringende Notwendigkeit zur Erweiterung des Anwohnerparkens betont, um die einheimische Bevölkerung zu entlasten: Wie beurteilt die Bezirksvorsteherung den unmittelbaren politischen Widerspruch, dass die Stadt Wien einerseits Parkraumentlastung verspricht, aber andererseits durch die unkontrollierte Vergabe von Parkpickerln an nicht in Österreich zugelassene Fahrzeuge zusätzlichen Parkdruck auf die ohnehin knappen Stellplätze der Brigittenau ausübt?

Begründung:

Die Bürger möchten informiert werden.

Moritz Greiner



Die Bezirksräte der FPÖ Brigittenau, Laurenz Barth und Moritz Greiner, stellen eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.12.2025 gemäß § 23 der GO folgende

ANFRAGE

Betreff: Massive Zunahme der organisierten Drogenkriminalität in der Brigittenau

Sehr geehrte Frau Bezirksvorsteherin:

Die Brigittenau steht vor einer akuten sicherheitspolitischen Herausforderung, die weit über das bekannte Problem des offenen Drogenkonsums entlang der U6-Achse hinausgeht. Die jüngsten, medial bestätigten Großfunde der Exekutive belegen, dass unser Bezirk nicht nur ein Hotspot des Konsums, sondern zu einem strategischen Hauptquartier für den organisierten Drogenhandel in Wien wurde.

Die Feststellungen der Polizei im Oktober und November 2025 sind alarmierend und indiskutabel:

- Fund I (Anfang November 2025): Die Sicherstellung von über 20 Kilogramm reinen Suchtmitteln (darunter 18,1 kg Cannabis und 2,6 kg Kokain) in einer als „Bunkerwohnung“ genutzten Immobilie zeigt, dass kriminelle Netzwerke den Wohnraum unserer Bürgerinnen und Bürger systematisch zur Verteilung von Gift missbrauchen.
- Fund II (Mitte Oktober 2025): Der Fund von rund 9 Kilogramm Kokain in einem kurzfristig vermieteten Objekt (Airbnb) in der Engerthstraße offenbart eine kriminelle Ausnutzung der Tourismusstruktur des Bezirks.

Diese Fälle sind kein Zufall, sondern ein Beweis für die massive Unterwanderung unseres Bezirks durch hochprofessionelle Kartelle. Die Sicherheit unserer Bewohner ist bedroht, und die Lebensqualität wird beeinträchtigt. Derartige Zustände dürfen nicht länger toleriert werden.

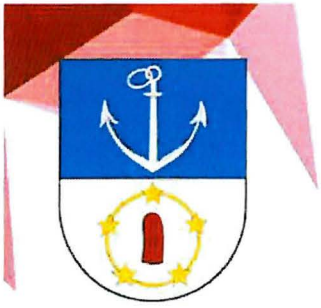
In Anbetracht dieser alarmierenden Entwicklung stellen wir folgende Fragen an die Bezirksvorstehung:

1. Sind der Bezirksvorstehung diese Großfunde offiziell bekannt und welche unmittelbaren Konsequenzen (z.B. verstärkte Kommunikation mit der Polizei) wurden aus diesen Ereignissen gezogen, um die Sicherheit im Bezirk zu erhöhen?
2. Welche spezifischen Maßnahmen plant die Bezirksvorstehung in Absprache mit der Wiener Polizei und den zuständigen Magistratsabteilungen, um die Nutzung von Wohnungen (insbesondere kurzfristig vermieteten Objekten wie Airbnbs) als "Drogenbunker" und Lager für den organisierten Suchtmittelhandel zu unterbinden?
3. Wird die Bezirksvorstehung einen runden Tisch oder eine Sicherheitskonferenz einberufen, an dem die Polizei, Vertreter der Suchtprävention und die Bezirksvertretung teilnehmen, um eine koordinierte Strategie gegen den Drogenhandel und -konsum im Bezirk zu entwickeln?
4. Welche Initiativen oder Mittel (finanziell/personell) werden von der Bezirksvorstehung bereitgestellt, um die soziale Arbeit und die Suchtprävention an den bekannten Brennpunkten (U6-Achse: Handelskai, Jägerstraße, Dresdner Straße) im Lichte dieser organisierten Kriminalität zu verstärken?

Wir ersuchen um eine zeitnahe und ausführliche Beantwortung dieser Anfrage, um die Bürger der Brigittenau über die geplanten Schritte zur Gewährleistung der Sicherheit zu informieren.

Laurenz Barth

Moritz Greiner



Die unterfertigte Bezirksrätin Flaminia Bettini stellt gemäß § 23 Abs 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirkes am 17.12.2025 zu Sicherheitsmaßnahmen an öffentlichen Schulen im 20. Bezirk folgende

A N F R A G E

Der Amoklauf in einem Gymnasium am 10.6.2025 in Graz, forderte durch den unbefugten Zutritt eines Bewaffneten zehn Todesopfer und elf zum Teil Schwerverletzte.

Zu Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Schulkindern und Lehrpersonen während dem Unterricht gegen ein Betreten von unbefugten Personen der Schulgebäude im 20. Bezirk ergeben sich folgende Fragen:

1. Welche Sicherheitsmaßnahmen wurden seit dem Sommer 2025 in sämtlichen öffentlichen Pflichtschulen, VS, Ganztags-VS, Neuen und Wr. Mittelschulen und den polytechnischen Schulen im Bezirk umgesetzt?
2. Welche Sicherheitsmaßnahmen wurden seit Sommer 2025 im Gymnasium in der Karajangasse umgesetzt?
3. Welche Sicherheitsmaßnahmen wurden seit Sommer 2025 in der weiterführenden Schule TGM umgesetzt?
4. Welche Sicherheitsmaßnahmen wurden seit Sommer 2025 in der FH Technikum umgesetzt?
5. Sind in Zukunft im Schulbetrieb im 20. Bezirk noch weitere Sicherheitsmaßnahmen geplant?

Flaminia Bettini





Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ Brigittenau stellt, eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.12.2025, gemäß § 23 der GO folgende

ANFRAGE
Betreff: Straßenbahnlinie 33

Am 17.09.2025 wurde von der SPÖ Brigittenau folgender Antrag eingebracht:

Sicherung der Straßenbahnanbindung am Friedrich-Engels-Platz.

Die Bezirksvertretung Brigittenau ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien, die Erschließung der Haltestelle Friedrich-Engels-Platz so sicherzustellen, dass diese auch künftig durch drei Straßenbahnlinien angebunden ist.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Deshalb frage ich Sie Frau Bezirksvorsteherin:

1. Wieso wurde die Straßenbahnlinie 33 am 5.10.2025 (nur 18 Tage nach Annahme Ihres Antrages) eingestellt?
2. Wurden Sie vorab über die Einstellung informiert? Wenn ja, wann?
3. Wie werden Sie ab sofort sicherstellen, dass der Friedrich-Engelsplatz als zentraler Umsteigeknoten erhalten bleibt?

Begründung:

Die Bürger möchten informiert werden.

Moritz Greiner



Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ Brigittenau stellt, eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.12.2025, gemäß § 23 der GO folgende

ANFRAGE

Betreff: Verlust leistbaren Wohnraums – Welche Maßnahmen setzt die Bezirksvorstehung gegen die Mietpreisexplosion in der Brigittenau?

Sehr geehrte Frau Bezirksvorsteher:

Die Brigittenau hat sich zu einem Brennpunkt der Gentrifizierung in Wien entwickelt. Aktuelle Analysen belegen, dass der 20. Bezirk in den letzten Jahren einen der stärksten Mietpreisanstiege Österreichs verzeichnete und in dieser Kategorie zeitweise zu den Top 10 zählte. Dieser massive Anstieg gefährdet die soziale Struktur des Bezirks und führt zur Verdrängung einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen.

Die dramatische Entwicklung der Mietkosten muss die Bezirksverwaltung zum sofortigen Handeln bewegen, um den Verlust leistbaren Wohnraums zu stoppen. Die Bürger erwarten konkrete Antworten und Maßnahmen, die über das Verweisen auf die Zuständigkeit der Stadt Wien hinausgehen.

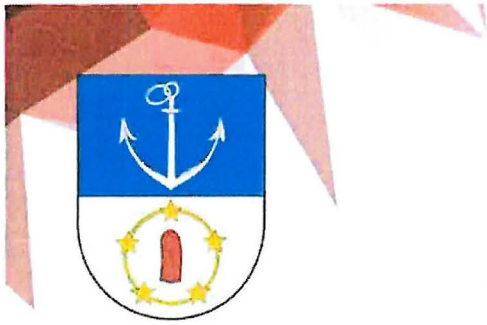
Daher stelle ich folgende dringende Fragen an die Bezirksvorstehung:

- 1.** Welche konkreten Daten und Analysen liegen der Bezirksvorstehung über den Anstieg der durchschnittlichen Mieten (Altbau, Neubau, befristet/unbefristet) im 20. Bezirk in den letzten drei Jahren vor, und wie beurteilt die Bezirksvorstehung die Gentrifizierung der Brigittenau hinsichtlich ihrer sozialen Folgen?
- 2.** Welche spezifischen Sofortmaßnahmen hat die Bezirksvorstehung seit Bekanntwerden der alarmierenden Mietpreisentwicklung aktiv bei den zuständigen Stellen der Stadt Wien eingefordert (z.B. verschärfte Kontrolle des Mietrechts, Ausweitung des Gemeindewohnungsbestandes im Bezirk), um den Preisanstieg zu dämpfen und leistbaren Wohnraum zu schützen?
- 3.** Wird die Bezirksvorstehung Mieter des 20. Bezirks proaktiv informieren und unterstützen, indem sie beispielsweise Auskunftsmöglichkeiten über Mietzinsobergrenzen (Mietzins-Checks) anbietet oder aktiv auf die Rechte von Mietern hinweist, die von überhöhten Mieten betroffen sind?
- 4.** Welchen Einfluss nimmt die Bezirksvorstehung bei der Vergabe von geförderten Wohnbauprojekten (insbesondere hinsichtlich der Festlegung von Belegungsrichtlinien und Mietobergrenzen) im 20. Bezirk, um sicherzustellen, dass neu geschaffener Wohnraum tatsächlich dauerhaft leistbar bleibt und nicht zur weiteren Preisspirale beiträgt?

Begründung:

Die Bürger möchten informiert werden.

Moritz Greiner



Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ Brigittenau stellen gemäß § 23 der GO-BV in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirkes am 17.09.2025 folgende

Anfrage

Viele Wiener und Brigittenauer sind aufgrund des zunehmenden islamischen Einflusses besorgt. Wir haben daher folgende Fragen an die Frau Bezirksvorsteherin Dubravac-Widholm:

1. Wie viele Moscheen befinden sich in der Brigittenau?
2. Wie viele islamische „Kulturvereine“ gibt es in der Brigittenau?
3. Wie viele dieser Moscheen oder „Kulturvereine“ erhalten durch den Bezirk Brigittenau eine Förderung?
4. Wie hoch ist diese Förderung sowohl insgesamt als auch aufgeschlüsselt auf die einzelnen Förderempfänger?

Begründung:

Die Bürger möchten informiert werden.

Moritz Greiner

Laurenz Barth



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 23 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirkssitzung am **17. Dezember 2025** folgende

ANFRAGE

Die Bezirksvertretung Brigittenau hat am 19. März 2025 einstimmig beschlossen, sich um die Bäume in der Othmargasse, insbesondere zwischen Hannovergasse und Klosterneuburger Str. zu kümmern. Diese weisen leider immer noch grobe Verletzungen und keinen effektiven Baumschutz auf.

Wir stellen diesbezüglich an die Bezirksvorsteherin folgende Fragen:

1. Welche Maßnahmen zur Verarztung der verletzten Bäume wurden getroffen bzw. wann werden sie getroffen?
2. Welche Maßnahmen werden gesetzt, um einen effektiven Baumschutz zu gewährleisten?
3. Falls in naher Zukunft keine größeren Baumschutzmaßnahmen getroffen werden:
 - a. Wie will verhindert werden, dass Autos auf den Wurzeln stehen oder gegen die Baumstämme fahren?
 - b. Werden verbogene und fehlende Begrenzungsbügel ersetzt?





Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 23 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in Verbindung mit § 104 der Wiener Stadtverfassung in der Bezirksvertretungssitzung am **17.12.2025** folgende

ANFRAGE

zur Überprüfung der Errichtung einer zusätzlichen Radabstellanlage in der Hartlgasse im Bereich zwischen der Kreuzung Ecke Pappenheimgasse und der Kreuzung Ecke Brigittagasse

Die Bezirksvertretung Brigittenau hat in ihrer Bezirksvertretungssitzung am 19.06.2024 dem Antrag der Grünen Alternative Brigittenau mehrheitlich zugestimmt, die zuständigen Dienststellen des Magistrats Wien zu ersuchen, die Möglichkeiten für die Errichtung einer weiteren Radabstellanlage in der Hartlgasse im Bereich zwischen der Kreuzung Ecke Pappenheimgasse und der Kreuzung Ecke Brigittagasse zu überprüfen.

Seither ist nichts geschehen, die Bezirksvorstehung hat auch bis jetzt nichts bezüglich einer möglicherweise erfolgten Überprüfung einer möglichen Realisierung dieser dringend notwendigen zusätzlichen Radabstellanlage kommuniziert. Weiterhin werden in diesem Bereich der Hartlgasse daher viele Räder notdürftig an Verkehrsschildern und an den Zäunen rund um die Baumscheiben befestigt.

Daher stellen wir folgende Anfrage an die Frau Bezirksvorsteherin:

1. Hat eine Überprüfung der zuständigen Dienststellen des Magistrats Wien stattgefunden?
2. Wenn ja, welche Ergebnisse und Erkenntnisse förderte diese Überprüfung zu Tage? Wann hat diese Überprüfung stattgefunden? Warum wurde die Bezirksvertretung, die wahlwerbenden Parteien des Bezirksparlaments der Brigittenau und die antragsstellende Partei, die Grüne Alternative Brigittenau, nicht darüber informiert?
3. Wenn nein, warum hat diese Überprüfung nicht stattgefunden und warum wurde die Bezirksvertretung, die wahlwerbenden Parteien des Bezirksparlaments der Brigittenau und die antragsstellende Partei, die Grüne Alternative Brigittenau, nicht darüber informiert?
4. Gibt es seitens der Bezirksvorstehung konkrete Pläne und den Willen zur etwaigen Umsetzung dieses mehrheitlich in der Bezirksvertretungssitzung am 19.06.2024 angenommenen Antrags der GA Brigittenau in dieser aktuellen Legislaturperiode?
5. Wenn ja, wann kann damit gerechnet werden?
6. Wenn nein, warum eigentlich nicht?